



Update aus Berlin

März '23

Kulturtipp:

30 Kunst
Museum
Jahre ahnen 2023

Ausstellungseröffnung.

"Aufbruch! Junge Moderne aus unserer Sammlung" am Samstag, 04. März um 16 Uhr.

WICHTIGES
aus dem Bundestag

NEUES
aus dem Wahlkreis



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

vor einem Jahr - am 24. Februar 2022 - hat Russland die Ukraine überfallen und den Krieg damit wieder nach Europa gebracht. Für Ukrainerinnen und Ukrainer bedeuten Putins Großmachtfantasien unfassbaren Leid, Tod und Zerstörung. Von Kriegsbeginn an hat die russische Armee gezielt Wohngebäude und zivile Infrastruktur unter Beschuss genommen und auch vor Kriegsverbrechen wie in Butscha nicht zurückgeschreckt.

Der Krieg markiert eine tiefe Zäsur: Das Ende einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, in der nach dem Ende des Kalten Kriegs zuallererst für die Förderung von Stabilität und Frieden in der Welt geplant wurde. Am 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag den Krieg deshalb als **Zeitenwende** bezeichnet. Deutschland hat in Reaktion auf den Krieg einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir liefern Waffen an die Ukraine, erhöhen den Verteidigungsetat, setzen ein Sondervermögen für die Bundeswehr ein und unterstützen den Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeiten. 1,1 Million ukrainische Geflüchtete sind seit Kriegsbeginn nach Deutschland gekommen und haben hier Schutz und eine neue Perspektive gefunden.

Die Zeitenwende darf jedoch nicht bedeuten, dass wir die sicherheitspolitische Debatte nur auf unsere Verteidigungsfähigkeit verengen. Angesichts der großen Herausforderungen müssen wir soziale Fragen gleichrangig mitdenken. In der Ampel haben wir uns auf immens wichtige sozialpolitische Vorhaben verständigt, um den Zusammenhalt und soziale Teilhabe für alle zu stärken. Dazu gehören die **Kindergrundsicherung** und wichtige **Reformen im Pflege- und Gesundheitssystem**. In den laufenden Beratungen zum nächsten Bundeshaushalt sollten diese Themen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wie viele Mittel in welche Bereiche fließen, entscheidet letztlich der Deutsche Bundestag.

Kommende Woche finden der **Frauentag am 8. März** sowie der **Equal Pay Day** am Tag davor statt. Es geht um Fairness und mehr Rechte für Frauen. Die Ampel steht für eine ambitionierte Gleichstellungspolitik: mehr Schutz gegen Gewalt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, reproduktive Selbstbestimmung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Für all das kämpfen wir entschieden.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer

Inhalt

Regierungserklärung zu einem Jahr Zeitenwende durch BK Olaf Scholz. >>> Meine Rede zum 2./3. Les. Reg.-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Raumordnungsgesetzes . >>> AG Kommunalpolitik: Mehr Schub durch OZG 2.0. >>> Equal Care Day. >>> Wir senken Energiekosten. >>> Einblicke in die Sitzungswoche. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

Regierungserklärung "Ein Jahr Zeitenwende" Deutschlands Sicherheit und Bedürfnisse stärken, die Ukraine weiter unterstützen

„Ein Jahr Zeitenwende – Deutschlands Sicherheit und Bündnisse stärken, die Ukraine weiter unterstützen“ so lauteten Titel und Motto der Regierungserklärung von Olaf Scholz am Donnerstagmorgen.

Vor mehr als einem Jahr hat Putin mit seinem Unterdrückungsregime einen Angriffskrieg in Europa „vom Zaun gebrochen“, so formulierte es der Kanzler damals in seiner Rede, in der er zum ersten Mal den Begriff „Zeitenwende“ benutzte. Ein Wort, das noch vielfach aufgegriffen werden sollte, sogar zum Wort des Jahres 2022 avancierte.



Was ist passiert in diesem einen Jahr, seit dem Beginn der Zeitenwende?

Zeitenwende bedeutet: Unser Leben wird nicht mehr dasselbe sein wie zuvor. Das ist sicherlich etwas, dass wir alle in unserem Alltag spüren. Wer hätte vor etwas mehr als einem Jahr noch gedacht, dass eine finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für die gesamte Bevölkerung erforderlich ist, um Energiepreise zu stemmen, die zunächst ins Unermessliche steigen? Wir haben uns vorgenommen, schnell und unbürokratisch zu helfen und konnten dieses Versprechen mit den Entlastungspaketen und der Energiepreisbremse einhalten. Auf die dadurch erlangte Widerstandsfähigkeit Deutschlands verwies auch der Kanzler in seiner Rede.

Frieden als oberstes Ziel

Im Vergleich zur Lage in der Ukraine selbst wirken die Auswirkungen hierzulande allerdings fast nebensächlich: Noch vor einem Jahr war man sich sicher, dass dieser Krieg nach wenigen Wochen oder Monaten beendet sein würde, weil Russland die Ukraine im Eiltempo einnehmen würde. Dass es anders kam, liegt an der eisernen Haltung der Ukraine und an der internationalen Unterstützung. Auch Deutschland hat hier gemeinsam in überlegten und besonnen Absprachen mit den Bündnispartnern der NATO einen sehr wichtigen Beitrag geleistet. Doch eine wehrhafte Ukraine hat ihren Preis: „Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, dass es um Menschenleben geht. Mehrere Zehntausend haben durch Putins völkerrechtswidrigen Angriff bereits auf brutale Weise ihr Leben verloren – und es werden täglich mehr. Wir werden die Ukraine weiterhin bei der Verteidigung ihres Landes unterstützen. Für uns steht fest, dass die Ukraine als unabhängiger Staat bestehen bleiben muss. Die Tür der Diplomatie darf jedoch nicht endgültig geschlossen werden. Eine freie Ukraine und Frieden in Europa, das müssen die obersten Ziele bleiben.

Der Bundeskanzler schloss seine Rede mit einem Tagebuchzitat der ukrainischen Journalistin Yevgenia Belorusets ab. Ich selbst habe Yevgenia kurz zuvor anlässlich der ukrainischen Ausstellung im Bundestag treffen dürfen und ebenfalls ihr Tagebuch zitiert.

„Es gibt aber Werte, die viel größer sind als die Ukraine, die man verteidigen muss; es gibt Situationen, in denen Widerstand die Rettung bedeutet.“



Meine Rede zur Modernisierung des Raumordnungsgesetzes

Das war eine lebhafte Debatte heute im Plenum! Am Ende standen weniger die Inhalte der so wichtigen neuen Raumordnungs-Verordnung im Vordergrund, sondern viel mehr das Gesetzgebungsverfahren selbst. Auf die Kritik aus der Opposition zu einem übereilten und undemokratischen Verfahren bin ich in meiner Rede entschieden eingegangen.



Hier möchte ich Euch deshalb einmal die wichtigsten inhaltlichen Punkte des Gesetzes vorstellen:

- Weiterentwicklung der digitalen Möglichkeiten des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) insbesondere im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung (Neufassung § 9 Absatz 2 bis 4 des Raumordnungsgesetzes (ROG)),
- Beschleunigung der Planungsverfahren durch die Vermeidung von Redundanzen, indem bei Änderungen von Planentwürfen, die nach der Bürgerbeteiligung stattfinden, nur noch erstmalig oder stärker Betroffene zu beteiligen und Stellungnahmen nur mehr gegen die Änderungen zulässig sein sollen (Änderung § 9 Absatz 3 Satz 3 ROG),
- Ausweitung von Zielabweichungsverfahren; dies kommt auch dem Ersatz alter Windkraftanlagen durch neue zugute (Neufassung § 6 Absatz 2 ROG),
- Stärkung des Planerhalts durch die Ausweitung von Planerhaltungsnormen (Änderung § 11 Absatz 3 ROG), und
- Beschleunigung der Genehmigungsverfahren durch eine engere Verzahnung von Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren, um eine doppelte Umweltverträglichkeitsprüfung zu vermeiden (Änderung von § 15 ROG und von § 49 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)).

Was trocken und technisch klingt, sind wichtige Weichenstellungen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien, beispielsweise durch den Bau von Windkraftanlagen zu beschleunigen, zu vereinfachen und zu entbürokratisieren. Und das eilt nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg. Das müssten auch CDU, AfD und Linke wissen.

[Die gesamte Rede könnt Ihr Euch hier nochmal anschauen und anhören.](#)

AG Kommunalpolitik: Mehr Schub durch OZG 2.0



In der Sitzung der AG Kommunalpolitik am Mittwoch ging es um die Digitalisierung der Verwaltung. Gemeinsam mit **Dr. Markus Richter**, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat, **Robin Mesarosch**, MdB, sowie **Dr. Ariane Berger**, Leiterin Digitalisierung Deutscher Landkreistag und Mitglied im IT-Planungsrat, haben wir über die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung diskutiert.

Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine große Kraftanstrengung, welche sich die Bundesregierung mit dem Onlinezugangsgesetz vorgenommen hat. Es ist klar, dass die Bürger die Möglichkeiten der digitalen Abwicklung von Behördenleistungen einfordern. Die Grundsteuererklärung wurde in der großen Mehrheit digital erledigt. Die Gemeinden sind als Träger der kommunalen Verwaltung mit den Aufgaben der Digitalisierung täglich konfrontiert und treibende Kräfte. Jedoch kann oftmals das ganze Potential nicht voll ausgeschöpft werden. Sie fordern, dass es zu einigen Änderungen des Gesetzes kommt, um die Vorhaben schneller umzusetzen. Wir als AG-Kommunalpolitik machen uns stark dafür, diese Belange stärker zu berücksichtigen, damit eine starke Verwaltung aufgebaut werden kann.

Ziel ist es, mit der Überarbeitung des Gesetzes eine leistungsfähige digitale Verwaltung auf allen Ebenen zu schaffen, bei der Bürgerfreundlichkeit und eine einfache Bedienung an erster Stelle stehen. Davon profitieren Bürger, Industrie und die Behörden.



Equal Care Day



Ohne Menschen, die sich sorgen und kümmern, funktionieren keine Familie und keine Gesellschaft. "Es sind zumeist #Frauen, die die Hauptverantwortung für Kinder, pflegebedürftige Angehörige, soziale Netzwerke und die familiäre Daseinsvorsorge übernehmen", stellt unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Schmidt fest. Besonders gravierend sind die Zahlen bei 34-Jährigen mit Kind. Täglich investieren Frauen hier doppelt so viele Stunden wie Männer für Care-Arbeit. Dabei werden gerade in dieser Zeit wichtige Weichen für das gesamte weitere Arbeitsleben bis hin zur Rente gestellt.

Schmidt erklärt: "Obwohl sich spätestens mit der Einführung des Elterngeldes mehr Männer an Care-Arbeit beteiligen, fällt es vielen von ihnen leichter, mehr bezahlte Arbeitszeit und mehr Verantwortung auf der Karriereleiter im Beruf zu übernehmen."

Der heutige Equal Care Day macht auf diese riesige Baustelle bei der Gleichstellung der Geschlechter aufmerksam. Wir kämpfen für eine faire Verteilung unbezahlter Sorgearbeit und Erwerbsarbeit!

Wir senken die Energiekosten - Maßnahmen treten ab dem 1. März rückwirkend in Kraft!

Mit den Folgen des Klimawandels wächst die gesellschaftliche Erkenntnis, dass eine Anpassung unserer Bauweise unumgänglich ist. Einfach so weiter bauen wie bisher ist daher keine Option: Wir wollen und müssen nachhaltiges Bauen voranbringen. Dabei spielt die Nutzung von Holz im Gebäudesektor eine wichtige Rolle. Denn Holz speichert CO₂, es hat eine lange Haltbarkeit und kann besonders im modularen und seriellen Bauen zum Einsatz kommen. Der Veränderungsprozess gewinnt also an Fahrt.



Am 23. Februar habe ich in Berlin eine Veranstaltung zum Ende der **Ausstellung „Nebenan“** der **ukrainischen Künstlerin Yevgenia Belorusetz** eröffnet. Die Fotoausstellung zeigt vor allem Bilder aus Kiew, unmittelbar nach Beginn des Krieges. Die Ausstellung wird von einem Tagebuch begleitet, dass die Künstlerin im vergangenen Jahr während ihrer Aufenthalte in ihrer Heimatstadt geführt hat.

Die Vorstandsvorsitzende des Sozialverbands Deutschland **Michaela Engelmeier** war bei mir diese Woche zu Besuch.



Gespräch mit **Thomas Zawalski**, dem Geschäftsführer von Geschäftsführer **solid UNIT e.V.**

solid UNIT ist ein Netzwerk für innovativen **Massivbau**, welches zum Ziel hat, Forschung bei innovativen neuen Baustoffen zu unterstützen und klimaneutrales Bauen voranzubringen.



Beim Gespräch mit **Norbert Dickel** und den Bundestagsborrussen.



Beim Parlamentarischen Frühstück mit **DEN STADTENTWICKLERN** ging es um die nachhaltige Transformation und Stärkung unserer Innerstädte sowie die Energie- und Wärmewende.



Anlässlich des **Equal Pay Day** am 7. März und des **internationalen Frauentags** am 8. März hat die SPD-Fraktion eine Fotoaktion organisiert, an der ich sehr gerne teilgenommen habe.

Jede Frau soll selbst bestimmen können, ob sie ein Kind bekommen möchte. Wir verbieten deshalb sogenannte Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegnern und prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des Strafgesetzbuches zu regeln.



Beim **Gespräch mit Experten zur sogenannten Teilwarmmiete**. Die Idee hinter der Teilwarmmiete: Wohnungen werden mit einer bestimmten Mindestwärme vermietet.



Der Vorteil: Die Schwankungen bei den Energiepreisen bringen Mieter nicht mehr in Schwierigkeiten. Und Vermieter haben einen größeren Anreiz, ihre Wohnungen energetisch zu sanieren.



Diese Woche war eine **Delegation des IGBCE-Bezirks Nordwestfalen** im Bundestag zu Gast. Mit dabei waren **Ralf Högemann, Marc Senne** und **Werner Schröder**.





Bei der **Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Jahr Zeitenwende** haben wir gemeinsam mit Rolf Mützenich, Boris Pistorius, Svenja Schulze und Experten darüber diskutiert, was der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine für die Sicherheitspolitik und die Entwicklungspolitik bedeutet. Für uns ist klar: Wir werden die Ukraine weiterhin so umfangreich und so lange wie nötig unterstützen.

Seit Kriegsbeginn haben die militärischen Hilfen für die ukrainischen Streitkräfte ein Volumen von über 3 Milliarden Euro erreicht – durch Abgaben aus eigenen Beständen, durch direkten Erwerb bei der Industrie und durch Ausbildung.



In der Sitzungswoche kann es auch zu kleinen Pannen kommen! Nach dem Gespräch mit Vertretern der Wohnungswirtschaft wie gewohnt mit dem Fahrrad zur Wohnung gefahren. Auf dem Weg platzt der Reifen 5 km vor dem Ziel. Am Ende dann gegen die Mitternacht in der Wohnung. Irgendwie ziemlich blöd! 😡



In der ersten Jahreshälfte versuche ich immer, mit möglichst vielen Bürgermeisterinnen und **Bürgermeistern aus dem Wahlkreis** das Gespräch zu suchen. Der Austausch zwischen Bund und Kommunen ist mir enorm wichtig. Den Auftakt hat in der letzten Wahlkreiswoche **Peter Horstmann aus Warendorf** gemacht, den Bericht findet Ihr hier.



Gemeinsam mit unserem Kreisvorsitzenden Dennis Kocker und dem stellvertretenden Landrat Franz-Ludwig Blömker war ich zu Gast beim **Kreissportbund** zu unserem alljährlichen "Austausch auf Augenhöhe". Danke für das gute Gespräch!



Nachgeholtes Weihnachtsessen: Besser spät als nie!

Auch mit meinem Team im Wahlkreis konnten wir endlich mal zum Essen und gemütlichen Austausch im Steinofen in Ahlen zusammen kommen!